



Proteste gegen Sparmaßnahmen in Lissabon am 1. April: Kapitulation vor den Finanzmärkten

JOSE GOULAO / DPA

WÄHRUNGSUNION

49

# Immer schlimmer als erwartet

Nach einem Jahr im Dauereinsatz stehen die Euro-Retter vor einer dürftigen Bilanz. Mit Portugal muss bereits das dritte Mitgliedsland Hilfe erhalten. Und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht: Die Anzeichen mehren sich, dass Griechenland umschulden muss.

Störungen am Samstagnachmittag kann Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) überhaupt nicht leiden. Gewöhnlich verfolgt der fanatische Anhänger des FC Bayern München die Übertragung der Fußball-Bundesliga.

Am vorvergangenen Wochenende trübten Amtspflichten den Genuss des Ministers. Schäuble musste an einer Konferenzschaltung am Telefon teilnehmen. In der Leitung warteten Kollegen aus wichtigen Ländern der Euro-Zone, darunter Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde sowie EU-Währungskommissar Olli Rehn und Jean-Claude Trichet, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB).

Grund für die Störung war eine Krise, die Schäuble in den vergangenen Monaten schon häufiger die Wochenenden vermiest hat als das dürftige Spiel seiner

Lieblingmannschaft in dieser Saison: Es ging – wieder einmal – um den Zustand der Europäischen Währungsunion und um die Frage, wie angeschlagenen Mitgliedsländern zu helfen sei.

Die Lage ist nach einem Jahr voller Schieflagen, Geldnöte und Beinahepleiten alles andere als beruhigend, im Gegenteil. In den zurückliegenden Wochen spitzte sich die Euro-Krise sogar noch zu.

Nach langem Widerstreben drängt nunmehr auch das angeschlagene Portugal unter den europäischen Rettungsschirm. Am Mittwoch vergangener Woche verkündete Ministerpräsident José Sócrates in einer Fernsehansprache die Kapitulation seiner geschäftsführenden Regierung vor den Finanzmärkten.

Zuvor waren die Zinsen für Anleihen des Landes auf fast zehn Prozent geklettert. Ein neuer Rekord.

Die Euro-Retter in Brüssel und den Hauptstädten stehen vor einer dürftigen Bilanz. Bisher wurde nahezu jede ihrer Erwartungen enttäuscht. Und immer kam es schlimmer.

Zunächst hieß es, der europäische Rettungsschirm European Financial Stability Facility (EFSF) sei derart üppig ausgestattet, dass er die Märkte einschüchtere, auf dass kein Land ihn tatsächlich in Anspruch nehme. Jetzt sind mit Irland und Portugal schon zwei auf Hilfe angewiesen, und niemand mag garantieren, dass dies schon das Ende ist.

Noch bedrohlicher aber entwickelt sich die Lage in Griechenland, für das EU-Kommission, EZB und Internationaler Währungsfonds (IWF) im vergangenen Jahr ein eigenes Rettungspaket schnürten, um die Pleite des Landes zu verhindern. Viel gebessert hat sich in der Zwischenzeit nicht.

Nach einem Jahr des Sanierens und Reformierens liegen die Kurse für griechische Staatsanleihen niedriger als vor dem Beginn der Hilfsaktion, die Zinsen erreichen dagegen mit 16 Prozent Rekordhöhen. Die Regierung des Landes gilt als ähnlich kreditunwürdig wie vor zwölf Monaten.

Die Entwicklung ist ein Misstrauensvotum der Anleger gegenüber den Rettungsmaßnahmen der Europäer. Die Akteure an den Finanzmärkten glauben einfach nicht, dass sich Griechenland schon bald wieder allein finanzieren kann. Es droht, was die Europäer schon im vergangenen Jahr vermeiden wollten: eine Umschuldung des Landes.

Mittlerweile reißt allen Dementis zum Trotz nicht nur im IWF die Erkenntnis, dass ein Schuldenschnitt nicht zu vermeiden sein wird (SPIEGEL 14/2011). Auch in der Kreise der Euro-Finanzminister wächst die Sympathie für die Radikallösung, bei der die Gläubiger auf Teile ihrer Forderungen verzichten.

Währungskommissar Olli Rehn erklärte vergangene Woche in der Sitzung der EU-Kommission, über eine Umschuldung Griechenlands dürfe man nicht öffentlich reden, man müsse sie beizeiten machen. Sollte es dazu wirklich kommen, wäre dies nichts weniger als das Eingeständnis, dass zumindest die kurzfristige Krisenpolitik der Euro-Zone gescheitert ist.

Auch bei der Telefonkonferenz kam das Thema wieder zur Sprache. Schäuble und einige seiner Kollegen zeigten sich beunruhigt über die Entwicklung in der Hellenen-Republik und äußerten Skepsis, ob die Reformmaßnahmen letztlich Erfolg haben würden.

Die Zweifel sind berechtigt. Die jüngste Analyse von EU-Kommission, IWF und EZB zu der Frage, ob Griechenland seine Schulden künftig allein tragen könne, kommt zu einem alarmierenden Ergebnis. Die Wirtschaft des Landes schrumpfte etwas stärker als befürchtet. Verantwortlich sind dafür nicht zuletzt die harschen Sparauflagen, die die griechische Regierung auf Geheiß der Helfer exekutieren muss. Als Folge fällt auch das Minus in der Staatskasse höher aus als unterstellt.

Das Sanierungsprogramm sei in einer entscheidenden Phase, heißt es in der Expertise. Damit Griechenland künftig seine Schuldenlast allein schultern könne, müsse das Wirtschaftswachstum anziehen, und die notorisch unsicheren Staatseinnahmen müssten erhöht werden. An beidem hapert es aber derzeit. Ob es angesichts dieser Lage nicht vernünftiger sei, eine Umschuldung Griechenlands anzugehen, brachten einige Finanzminister zaghaft vor. Sie wussten schon, was wieder drohte – und sie wurden nicht enttäuscht.

„Ich bin nicht bereit, darüber zu reden“, bellte EZB-Präsident Trichet in den Hörer. Sollte Griechenland bei seinen Gläubigern um einen Schuldenrabatt nach-

kommen, drohe eine Vertrauenskrise für die gesamte Währungsunion.

Ein solcher Schritt, mahnte Trichet zudem, könne Banken, die viele griechische Staatsanleihen halten, aus der Bahn werfen. Seine Sorgen hielten den EZB-Chef am Donnerstag aber nicht davon ab, die Leitzinsen im Euro-Raum zu erhöhen und so die Finanznöte der Krisenländer noch zu verschärfen.

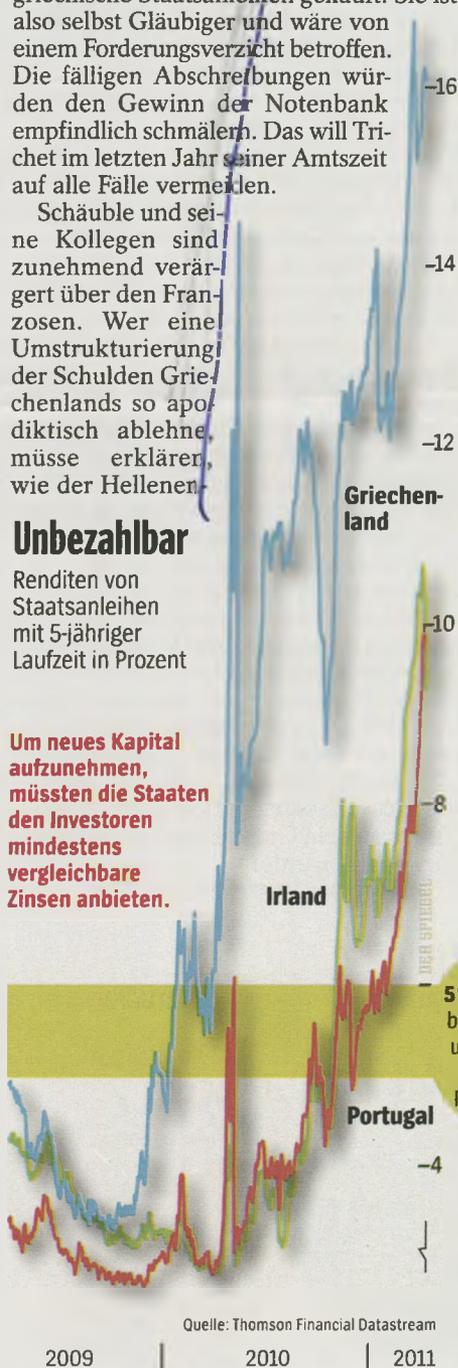
Auch aus diesem Grund hält Finanzminister Schäuble die Rücksicht des Zentralbankers gegenüber den Märkten für übertrieben und wenig glaubwürdig. Hinzu kommt, dass Trichet ein weiteres Motiv antreibt, das er allerdings stets verschweigt: Die EZB hat im Rahmen ihrer Stützungsmaßnahmen für etliche Milliarden Euro griechische Staatsanleihen gekauft. Sie ist also selbst Gläubiger und wäre von einem Forderungsverzicht betroffen. Die fälligen Abschreibungen würden den Gewinn der Notenbank empfindlich schmälern. Das will Trichet im letzten Jahr seiner Amtszeit auf alle Fälle vermeiden.

Schäuble und seine Kollegen sind zunehmend verärgert über den Franzosen. Wer eine Umstrukturierung der Schulden Griechenlands so apodiktisch ablehne, müsse erklären, wie der Hellenen-

## Unbezahlbar

Renditen von Staatsanleihen mit 5-jähriger Laufzeit in Prozent

Um neues Kapital aufzunehmen, müssten die Staaten den Investoren mindestens vergleichbare Zinsen anbieten.



Quelle: Thomson Financial Datastream

Staat schon Anfang nächsten Jahres, wie im Sanierungsprogramm vorgesehen, wieder selbst an Geld kommen solle. Das aber sei doch utopisch, argumentieren die Finanzminister.

Als Alternative zur kontrollierten Pleite kommen nur zusätzliche Hilfszahlungen in Frage. Schäuble hat Trichet aber schon klargemacht, dass seine Neigung, den Griechen einen Nachschlag zu gewähren, gegen null tendiert. Das bekommt er niemals durch den Bundestag, begründet der Deutsche seine Ablehnung.

Besonders stark ist der Widerstand gegen zusätzliche Griechenland-Hilfen beim liberalen Koalitionspartner ausgeprägt. „Im Interesse des deutschen Steuerzahlers darf es nicht sein, dass Griechenland erneut Geld von den europäischen Partnerländern bekommt“, sagt Volker Wissing, (FDP), der Vorsitzende des Finanzausschusses im Bundestag.

„Wenn man der irrigen Logik folgt, dass man immer helfen muss, dann wird man wieder nachschießen müssen“, sagt FDP-Finanzexperte Frank Schäffler. „Die Staatengemeinschaft macht sich so erpressbar – nicht nur von Banken, sondern auch von Ländern, denen sie hilft.“

Die Opposition ist ebenfalls alarmiert. „Angesichts der ökonomischen Rahmenbedingungen wird Griechenland ohne eine Umschuldung mittelfristig nicht lebensfähig sein“, meint SPD-Chefhaushälter Carsten Schneider. Zudem sei nicht länger vertretbar, „dass die Staaten mit dem Geld der Steuerzahler die Banken und andere private Gläubiger durch öffentliche Kredite an Griechenland entlasten“.

In anderen Geberländern ist die Hilfsbereitschaft kaum größer, und so sind sich Schäuble und seine Kollegen über das weitere Vorgehen ziemlich einig: Die griechische Regierung kann zwar nicht zu einer Umschuldung gezwungen werden, aber niemand kann sie hindern, mit ihren Gläubigern auf freiwilliger Basis Gespräche darüber zu führen.

Auch wenn die Finanzminister mit Blick auf Griechenland keinen Zwang ausüben mochten, bei Portugal hielten sie ein bisschen Druck für überfällig. Unisono lehnten sie das Begehren der Portugiesen ab, einen un-

konditionierten Überbrückungskredit zu bekommen, mit dem das Land die Zeit bis zu den Wahlen im Juni überstehen könne.

Die Finanzminister fanden, die Portugiesen sollten gefälligst die vorgesehenen Wege einschlagen, also bei EU-Kommission und europäischem Rettungsschirm Hilfe beantragen. Die gibt es dort nur gegen Auflagen, was die geschäftsführende Regierung von Ministerpräsident Sócrates gern vermeiden wollte. Um die widerspenstigen Portugiesen auf Kurs zu bringen, be-

schloss die Runde, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in sein Heimatland auf Werbetour zu schicken, was der auch murrend tat. Barroso sprach mit Vertretern der Regierung und der Opposition.

Am Dienstag vergangener Woche teilten die Chefs der fünf größten Banken des Landes dem portugiesischen Finanzminister Fernando Teixeira dos Santos mit, dass sie den Staat nicht mehr finanzieren könnten. Sie hatten zuletzt Schuldpapiere im Wert von 14 Milliarden Euro in ihrem Besitz. Das Risiko sei zu groß geworden, teilten die Bankvorstände der Regierung mit. Am Mittwoch konnte Barroso Vollzug melden, die stolzen Portugiesen knickten ein.

Zwei Tage später ging der Antrag aus Lissabon offiziell in Brüssel ein. Die Finanzminister der EU, die zur selben Zeit nahe Budapest tagten, erteilten den Experten der EU-Kommission den Auftrag, das Hilfeersuchen zügig zu prüfen.

Wie viel Geld die Portugiesen bekommen, entschied sich am Freitag beim Finanzministertreffen in Ungarn: 80 Milliarden Euro. Welche Auflagen sie im Gegenzug erfüllen müssen, steht noch nicht fest. Bislang ließen die Portugiesen keine Vertreter des IWF ins Land. In den nächsten Tagen soll sich nun eine Erkundungstruppe aus IWF, EU-Kommission und EZB, im Fachjargon „Mission“ genannt, auf den Weg nach Lissabon machen, um dort einen Kassensturz vorzunehmen. Bis Mitte Mai soll das Sanierungsprogramm stehen, dann kann auch erst Geld fließen.

Während sich die Finanzminister über die Entscheidung freuten, befahl andere die Sorge, die für Anfang Juni angesetzten Neuwahlen könnten zu Nachverhandlungen über das Rettungspaket führen. Dasselbe war kürzlich in Irland passiert, die neue konservative Regierung in Dublin will bei den Sparauflagen noch immer nachbessern.

Viel größere Sorgen machen sich die Europäer aber darüber, dass Portugal vielleicht nicht das letzte Pleiteland sein könnte. Als Wackelkandidaten gelten Belgien und Spanien.

Zwar betonte Spaniens Finanzministerin Elena Salgado, die Risikoauflage, die der spanische Staat für seine Anleihen zahlen muss, seien seit Jahresbeginn um 30 Prozent gesunken. Und selbst am Mittwoch, als Portugal sein Scheitern erklärte, sanken die Zinsen für die Anleihen des Nachbarlands.

Trotzdem gilt Spanien immer noch als gefährdet, und sei es auch nur aus erfahrungsgestütztem Pessimismus. Bislang haben sich in der Euro-Krise noch alle Befürchtungen als berechtigt herausgestellt.

Sollten Belgien und Spanien tatsächlich auch noch in Schieflage geraten, kommen wiederum neue Herausforderungen auf die Länder der Euro-Zone zu. Spätestens dann müssten sich die EU-Finanzminister mit der Aufstockung des Rettungsschirms beschäftigen. Das Problem haben sie bislang auf die lange Bank geschoben.

Die Finanzhilfe für Portugal macht nicht nur den Finanzministern der Euro-Zone Arbeit, ab Montag ist auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe damit befasst. Der Berliner Finanzwissenschaftler Markus Kerber will, dass die Verfassungsrichter der Bundesregierung per einstweiliger Anordnung verbieten, den Hilfen für Portugal zuzustimmen.

Könne sich das Gericht dazu nicht durchringen, dann bestehe die Gefahr, „dass nach der Inanspruchnahme des ‚Eurostabilisierungsmechanismus‘ durch die Republik Irland und dem Antrag der Portugiesischen Republik alsbald auch mit einem entsprechenden Antrag seitens der spanischen, belgischen oder gar italienischen Regierung zu rechnen ist“, heißt es in dem 37-seitigen Schriftsatz.

Kerber hatte vergangenes Jahr mit etwa 50 Unterstützern Verfassungsbeschwerde gegen den Euro-Rettungsschirm eingelegt. Er befürchtet, dass das Verfahren in Karlsruhe gegenstandslos wird, wenn ein Land nach dem anderen unter den Schirm schlüpft. „Worüber soll das Bundesverfassungsgericht noch entscheiden, wenn ein Großteil des Geldes bereits ausgezahlt wurde?“

PETER MÜLLER,  
CHRISTIAN REIERMANN, CHRISTOPH SCHULT



AFFÄREN

## Kreative Schiene

Eine Tochterfirma der Deutschen Bahn AG soll sich Auslandsaufträge erkaufen haben. Auch Siemens-Beschäftigte werden verdächtigt.

Für den Top-Manager der Bahn Martin B. hätte es schlimmer kommen können. Sein Konzern schickte ihn zwar in die Wüste, schmiss ihn aber nicht raus. Im staubigen Emirat Katar soll der Geschäftsführer der Bahn-Tochter DB International (DBI) seit 1. April den Aufbau eines Eisenbahnnetzes koordinieren.

Ein Warnschuss war seine Versetzung wohl dennoch. Die Berliner Konzernspitze um Rüdiger Grube wirft B. zwar keine persönlichen Verfehlungen vor. Aber die dubiosen Machenschaften anderer sind nicht schnell und entschlossen genug aufgeklärt haben – was B. intern bestreitet.

Die DBI ist jedenfalls anfällig für Korruption. Weltweit berät die Tochter des Staatskonzerns Regierungen und Eisenbahnunternehmen beim Bau von Schienennetzen. Mancherorts scheint man dabei nicht ohne Schmiergeld an Aufträge zu kommen. Seit gut einem Jahr ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft. Es geht um Betrug und Bestechung. In ihren Akten führen die Ermittler inzwischen 38 Beschuldigte, darunter 22 frühere oder noch amtierende DBI-Mitarbeiter bis hinauf zu zwei Ex-Geschäftsführern.

Sie alle sollen dabei geholfen haben, Entscheidungsträger für Aufträge in Nordafrika und Südostasien zu bestechen. Ermittelt wird auch gegen Geschäftspartner der Bahn und gegen freie Berater.

Insgesamt dürfte es nur um Summen im einstelligen Millionenbereich gegangen sein. Nach bisherigen Erkenntnissen der Ermittler ist auch Siemens in die Affäre verwickelt. Ausgerechnet jener Münchner

## Unterm Schirm

Volumen der Rettungspakete

